

# Initiative gegen goldene Fallschirme

Zwei Frauenfelder sammeln Unterschriften, um künftig stattliche Ruhegehälter für abgewählte Stadträte zu verhindern.

## Olaf Kühne

Nimmt man Schreiberinnen und Schreiber von Leserbriefen und Onlinekommentaren als Massstab, gibt es nur eine Meinung: Dass der jüngst nach vier Jahren abgewählte und erst 37-jährige Frauenfelder SVP-Stadtrat bis 65 ein «Ruhegehalt» von gesamthaft 1,29 Millionen Franken beziehen wird, geht gar nicht. Indes besteht in der Frauenfelder Politik ein gewisser Konsens: Die Sache ist rechtens, so steht es halt im städtischen Reglement.

## Gesprächsthema im Coiffeursalon

Diese Meinung vertreten auch die beiden Frauenfelder Katharina-Susanna Wellauer und Kurt F. Sieber. Untätig bleiben und nur die Faust im Sack machen wollen die Unternehmerin und der pensionierte Berufsoffizier und alt SVP-Gemeinderat aber

nicht. «Ich habe davon in der Zeitung gelesen und mir gesagt: Das kann es nicht sein», sagt Katharina-Susanna Wellauer im Gespräch mit dieser Zeitung. Weil der «Fall Elliker» zudem in ihrem Coiffeursalon zum Gesprächsthema geworden sei, habe sie sich gefragt: «Was kann ich dazu beitragen?»

«Allerdings bin ich politisch nicht so versiert und habe mich deshalb an Kurt F. Sieber gewandt», erzählt Wellauer weiter. Damit stiess sie bei Sieber, der aus der SVP ausgetreten ist und beinahe bei den letzten Wahlen als Einzelkämpfer den Sprung ins Parlament wieder geschafft hätte, auf offene Ohren.

Man war sich schnell einig, dass ein Volksbegehren das richtige Instrument ist, um solche goldenen Fallschirme für abgewählte Politiker künftig zu verhindern.

Beide betonen aber auch: Es geht ihnen nicht um die Person



Die Initianten Katharina-Susanna Wellauer und Kurt F. Sieber vor ihren Unterschriftenbogen. Bild: Olaf Kühne

Andreas Elliker und auch nicht um seine Partei, die SVP. Und Ex-Parteimitglied Sieber doppelt nach: «Unsere Initiative ist auch keine Retourkutsche gegen

die SVP.» Wellauers Meinung ist bei aller Diplomatie dezidiert: «Von uns Bürgern und Steuerzahlern fordert die Politik immer, wir sollen sparen. Aber hier

wirft man das Geld einfach aus dem Fenster.»

Kurt F. Sieber benennt plakatative Beispiele: «Die Stadt Frauenfeld hat ihren pensionierten Angestellten die Vergünstigungen für Reka-Checks gestrichen. Damit spart sie 5000 Franken im Jahr. Den Anerkennungspreis für Ehrenamtliche hat sie ausgesetzt und spart damit jährlich bis 15 000 Franken.»

Angesichts dessen sei es schlicht eine Zumutung, von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern «immer mehr Geld zu holen».

## Unterschriftensammlung startet am Freitag

So haben die beiden nun eine Initiative gestartet und am Montag bei der Stadtkanzlei angemeldet. Die Sammelfrist startet am Freitag, 1. September. Ab dann haben sie bis zum 1. Dezember Zeit, 700 gültige Unterschriften von stimmberechtigten Frauen-

felderinnen und Frauenfeldern zu sammeln.

Dies dürfte kein Hexenwerk sein, zumal das Anliegen der beiden Initianten moderat daherkommt. Wollen sie doch Ruhegehälter nicht per se verbieten. In deren Genuss sollen aber künftig nur noch Abgewählte kommen, die ihr 62. Altersjahr vollendet haben und mindestens zwölf Jahre im Amt waren.

«Die Unterschriftenbogen liegen in meinem Coiffeursalon an der Freiestrasse 5 in der Frauenfelder Altstadt auf, und wir werden zum Sammeln natürlich auch auf die Strasse gehen», rührt Wellauer die Werbetrommel. Unterstützer seien selbstverständlich willkommen, sagen beide augenzwinkernd. Parteien wolle man hingegen nicht ins Boot holen – um aus der Geschichte kein Parteiengeplänkel zu machen. Denn Sieber betont erneut: «Es geht uns nicht um Personen oder Parteien.»